

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 232 42 42 Fax Redaktion (075) 232 29 12 Fax Inserate (075) 232 95 46 Amtliches Publikationsorgan 80 Rp.

AKTUELL

«EWR-Briefkasten» ist eröffnet

(pafl) - Der «EWR-Briefkasten» ist eröffnet! Ab sofort nimmt das Amt für Volkswirtschaft alle Fragen entgegen, die im Zusammenhang mit der EWR-Teilnahme Liechtensteins stehen, und beantwortet sie in der liechtensteinischen Presse im «EWR-Briefkasten».

Einwohnerinnen und Einwohner können ihre Fragen zum EWR schriftlich an das Amt für Volkswirtschaft, Kirchstrasse 7, 9490 Vaduz, richten. Die Antworten werden in regelmäßigen Abständen im «EWR-Briefkasten» veröffentlicht. Der Briefkasten erscheint als Dienstleistung an die Leserschaft im Liechtensteiner Vaterland, im Liechtensteiner Volksblatt und in der Liechtensteiner Woche. Das Amt für Volkswirtschaft bietet damit allen interessierten Einwohnerinnen und Einwohnern die Gelegenheit, von Fachleuten umfassende und direkte Informationen zu den Auswirkungen einer EWR-Teilnahme oder den Folgen einer Nicht-Teilnahme zu erhalten.

Europa-Staatsminister besucht Liechtenstein

(pafl) - Der britische Europa-Staatsminister David Davis stattet am Donnerstag, 6. Oktober, dem Fürstentum Liechtenstein einen offiziellen Besuch ab. Europa-Staatsminister Davis, der sich in Begleitung von Botschafter David Beattie und seinem Privatsekretär befindet, wird bei seinem Eintreffen in Liechtenstein von Regierungsrätin Dr. Andrea Willi im Regierungsgebäude begrüßt. Anschliessend empfängt S. D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein die Gäste auf Schloss Vaduz.

Europa-Staatsminister Davis wird im Verlaufe seines Besuches zu Arbeitsgesprächen mit Regierungsrätin Dr. Andrea Willi und mit Regierungschef Dr. Mario Frick zusammentreffen. Nach diesen Arbeitsgesprächen erhalten Journalistinnen und Journalisten die Gelegenheit, während eines Mediengesprächs im alten Landtagssaal im Regierungsgebäude mit dem Europa-Staatsminister in Kontakt zu treten.

Referendum zu ALV-Revision

Zürich (AP) Die Vereinigung Schweizerischer Arbeitslosen-Komitees (VESAK) hat am Freitag das Referendum gegen die Vorlage des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) angekündigt. Die gegenwärtig diskutierten Revisionsvorschläge seien ein Instrument des «sozialen Ausschlusses» und inakzeptabel, teilte das Komitee mit.

Einführung der Mehrwertsteuer – ein Verhandlungserfolg?

Dr. Gabriel Marxer, FDP-Fraktionssprecher, über die Verhandlungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein in Sachen Mehrwertsteuer

Schon seit gut einem Jahr ist die Absicht der Fürstlichen Regierung bekannt, dass in unserem Land ebenso wie in der Schweiz per 1. Januar 1995 die Mehrwertsteuer eingeführt werden soll. Eine entsprechende Gesetzesvorlage an den Landtag gibt es noch immer nicht. Über den Inhalt des Vertrages, der mit der Schweiz abgeschlossen werden soll, ist öffentlich ebenfalls noch nichts weiter bekannt, als dass er bald ratifiziert werden soll. Sicher ist nur, dass für eine termingerechte Einführung der Mehrwertsteuer schon jetzt erhebliche Zeitnot besteht und dass der Landtag, die Einführung der Mehrwertsteuer auf den 1. Januar 1995 vor Augen, keine wirklich ins Detail gehende Beratung mehr durchführen kann.

Offensichtlich ist, und dies wird nun auch von den Medien schon mehrere Monate lang berichtet, dass die inhaltlich und zeitlich parallele Inkraftsetzung mit der Schweiz Probleme aufwirft, die bis heute keiner Lösung zugeführt werden konnten. Das Hauptproblem ist auch identifiziert, es liegt darin, dass für Liechtenstein die Bewahrung der Steuerhoheit unverzichtbar ist.

Minimales Verhandlungsergebnis

Wenn nun das hoffentlich bald vorliegende Verhandlungsergebnis nur beinhaltet, dass diese Bewahrung der staatlichen Souveränität weiterhin gewährt ist, stellt dies ein minimales Verhandlungsergebnis dar. Es ist nämlich schlicht unvorstellbar, dass der Landtag einer Steuererhebung in Liechtenstein in Bereichen, die weit über den vom Zollvertrag betroffenen Warenverkehr hinausgeht und allumfassend die Wirtschaftsbereiche un-



Dr. Gabriel Marxer, FDP-Fraktionssprecher, zur Mehrwertsteuer: «Wenn nun das hoffentlich bald vorliegende Verhandlungsergebnis nur beinhaltet, dass die Bewahrung der staatlichen Souveränität weiterhin gewährt ist, stellt dies ein minimales Verhandlungsergebnis dar.»

seres Landes betrifft, durch schweizerische Behörden und aufgrund von schweizerischen Gesetzen oder Verordnungen zustimmt. Wenn also das Verhandlungsergebnis mit der Schweiz so aussehen sollte, dass nur das für unser Land Allernotwendigste erreicht wurde, kann dies kaum als ein Verhandlungserfolg bezeichnet werden. Vielmehr stellt dies nur die Beseitigung von, aus welchem Grund auch immer, entstandenen Irritationen im Verhältnis zwischen der Schweiz und unserem Land dar.

Von einem echten Verhandlungserfolg

kann aus liechtensteinischer Sicht nur dann gesprochen werden, wenn unsere Regierung auch über die inhaltliche Ausgestaltung der Mehrwertsteuer eigene Vorstellungen einbringen konnte. Gar nicht zur Debatte stehen dürfte auch die volle und uneingeschränkte Zuständigkeit liechtensteinischer Verwaltungsgerichte und Behörden bezüglich der Anwendung der einzelnen Bestimmungen dieser zukünftigen Mehrwertsteuergesetzgebung und der Beurteilung von Streitigkeiten zwischen der Steuerbehörde und dem einzelnen Steuerzahler. Dies

zumindest in den Bereichen, die nichts mit dem vom Zollvertrag betroffenen Warenverkehr zu tun haben.

Wirklicher Verhandlungserfolg?

Der derzeitige Informationsstand, dass nämlich der schweizerische Verordnungsentwurf zur Einführung der Mehrwertsteuer Liechtenstein nach wie vor als Steuerinland bezeichnet und dass in der Schweiz in aller Öffentlichkeit die Befürchtung geäussert wird, dass die selbständige Einhebung einer inhaltlich gleich ausgestalteten Steuer in Liechtenstein zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnte, zeigt allerdings sehr deutlich auf, wie weit wir vom Erreichen eines wirklichen Verhandlungserfolges entfernt sind.

Umgekehrt ist es Anlass zu echter Besorgnis, dass bei unserem langjährigen Zoll- und Wirtschaftspartner Befürchtungen dieser Art unverhohlen geäussert werden.

Die Zeit drängt

Sehr zu hoffen ist aber, dass die von der Regierung nun schon mehrfach in Aussicht gestellte «baldige» Einigung schnellstens erfolgt. Wenn nämlich die Inkraftsetzung des Mehrwertsteuergesetzes tatsächlich auf 1. Januar 1995 erfolgen soll, ist der verbleibende Zeitraum von gerade noch drei Monaten äusserst knapp bemessen, um dieses Gesetz im Landtage zu verabschieden, von S.D. dem Landesfürsten zu sanktionieren und – bei der Einführung einer neuen Steuer ebenfalls eine Selbstverständlichkeit – dies ohne Ausserkraftsetzung des Referendumsrechtes des Volkes rechtzeitig zu bewerkstelligen.

Neuausrichtung der Landwirtschaft mit GATT-Abkommen

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel an der Konferenz der schweizerischen Landwirtschaftsdirektoren – Frage der Direktzahlungen

(G.M.) - Die Auswirkungen des GATT-Abkommens auf die Landwirtschaft standen im Mittelpunkt der Beratungen der schweizerischen Landwirtschaftsdirektoren, die am Donnerstag und Freitag in Genf stattfanden. Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel nahm in Begleitung von Julius Ospelt, Leiter des Landwirtschaftsamtes, an dieser Konferenz teil, wo er auch den für Landwirtschaft zuständigen Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz traf. Liechtenstein als künftiges GATT-Mitgliedland müsse daran interessiert sein, erklärte er nach seiner Rückkehr, seine Landwirtschaftspolitik parallel zur Schweiz auszurichten.



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel nahm an der Konferenz schweizerischer Landwirtschaftsdirektoren in Genf teil.

Die Landwirtschaft in der Schweiz und in Liechtenstein steht vor einer Neuausrichtung. Der Landwirtschaftspolitik fällt nach der Überzeugung von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel wieder stärker die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, dass die Landwirtschaft langfristig als Wirtschaftssektor erhalten bleibt und

ihre Funktion insbesondere in der Güterproduktion und in der Kulturlandbewirtschaftung weiterhin erfüllen kann.

Die Schweiz hat im Gefolge ihrer Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik eine Abkehr von der bisherigen Hochpreispolitik mit produktionskostendeckenden Preisen eingeleitet. Um die Landwirtschaft zu erhalten, wurden produktunabhängige Direktzahlungen zur Einkommensverbesserung und zur Einkommenssicherung eingeführt. In unserem Land liegt dem Landtag ein ähnliches Gesetz vor, das an der letzten Sitzung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Mit dem «Landwirtschaftlichen Leitbild» verfügt Liechtenstein über ein Instrumentarium, das schon vor Jahren zukunftsgerichtet die Weichen für Neuerungen in der Landwirtschafts- und Einkommenspolitik für die Landwirte stellte.

Für Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel war die Konferenz von grossem Interesse, weil die Schweiz bereits über die Abgeltung ökologischer

Leistungen für die Landwirtschaft verfügt. Eine ähnliche Vorlage soll auch in unserem Land in Kürze an den Landtag zur Beratung gehen. In Zusammenhang mit diesen Ausgleichszahlungen, die nicht mehr auf die Produktion ausgerichtet sind, steht die Weiterentwicklung der Landwirtschaft, die neben der Produktion noch weitere Funktionen im Landschafts- und Umweltschutz zu erfüllen hat. Nach Angaben von Thomas Büchel besteht die Notwendigkeit, eine gewisse Parallellität mit der Schweiz auch in der Landwirtschaftspolitik aufrechtzuerhalten, um das Gefälle zwischen den beiden Staaten nicht zu gross werden zu lassen. An der Konferenz der schweizerischen Landwirtschaftsdirektoren wurde ferner die Umwandlung der landwirtschaftlichen Ingenieurschulen in Fachhochschulen besprochen. Auch diese Thematik ist für unser Land von Interesse, erklärte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel, weil Liechtenstein Konkordatsmitglied von zwei künftigen Fachhochschulen, Wädenswil und Zollikofen, ist.

Bundesrat weist Asyl-Empfehlungen zurück

Gegen Mitsprache der Hilfswerken bei Länderbeurteilung – Aufnahme künftig nur mit Papieren

Bern (AP) Der Bundesrat weist die Empfehlungen der GPK des Nationalrats für den Vollzug des Asylrechts zurück. Er lehne den Beizug von Hilfswerken bei der Länderbeurteilung entschieden ab, heisst es in der am Freitag publizierten Antwort des Bundesrates. Weiterhin sollen bei den Empfangsstellen nur Asylsuchende mit Ausweispapieren Aufnahme finden.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrats hatte im vergangenen Mai dem Vollzug des Asylrechts insgesamt gute Noten erteilt. Der Schlussbericht hielt jedoch zwei gewichtige Differenzen zum BFF beziehungsweise zum EJPD fest. Die GPK verlangte, Asylbe-

werber sollten auch ohne Ausweispapier in Empfangsstellen aufgenommen werden. Die zweite Differenz betraf die Einschätzung der Gefahr in den Herkunftsländern.

Der Bundesrat lehne die Forderung nach einem kollektiven Prüfungsverfahren zur Beurteilung der Lage in Herkunftsländern entschieden ab, schreibt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD). Zum einen fordere das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) die Hilfswerke schon heute auf, ihre eigene Länderbeurteilung vorzulegen, woran das BFF auch weiterhin interessiert sei. Ein kollektives Prüfungsverfahren, in dem Kantone und Hilfswerke ein eigent-

liches Mitspracherecht hätten, würde laut Darstellung des Bundesrates die Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit nicht vermindern, sondern intensivieren. Die Diskussion drehe sich in aller Regel nämlich nicht um die Lage in bestimmten Gebieten, sondern um die Schlussfolgerungen und Konsequenzen, die aus dieser Situation bezüglich Aufnahme, Asylgewährung beziehungsweise Wegweisung zu ziehen seien. Es wird im weiteren darauf hingewiesen, dass bei dem von der GPK vorgeschlagenen Verfahren die Kompetenzen und Verantwortungen vermischt würden, was schlussendlich die Legitimität des heutigen Asylverfahrens schwäche.

Vorsicht VORTRIFF
VCL Kommission für Unfallverhütung

EINLADEN
FL
AU
BRD
YU
I
P
F
G
B
möchten wir jung und alt zum neuen Standort...
IMEX
Foto Audio Vision
Video Sicherheits Technik
TV Computer
Industriestrasse 12 Triesen